Gestern – heute – morgen

Die zentrale Feier der Diözese der Armenischen Kirche in Deutschland nach 1700-jährigen Jubiläum der *Proklamation des Christentums zur Staatsreligion in Armenien* fand in Form einer Vesper am 9. September 2001 in der Hohen Domkirche zu Köln statt. Zu der Armenischen Vesper und dem anschließenden Empfang im Domforum hatten die Diözese der Armenischen Kirche in Deutschland, die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Köln und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Nordrhein-Westfalen gemeinsam eingeladen.

Die *Ökumenische Versammlung des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg* in Berlin-Spandau am 3. Oktober stand im Zeichen der Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt. Die Versammlung mit dem Motto „Gewalt überwinden“ begann mit einem Referat des Politologen Prof. Dr. Hajo Funke von der FU Berlin. Schwerpunkt seines Vortrages war die aktuelle politische Situation angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus und die politischen Reaktionen auf ihn.

Am 5. Oktober führte der *Christinnenrat – Ökumenische Arbeitsgemeinschaft in Deutschland* seine erste Mitgliederversammlung durch, die unter dem Thema stand „Christinnen solidarisch gegen Gewalt“. Der ACK-Vorsitzende, Bischof Klaiber, führte mit einem Impulsreferat „*Überwindung von Gewalt als kirchlicher Auftrag*“ ins Thema ein.

Die Arbeitsgemeinschaft der Professorinnen und Professoren für Kirchengeschichte hat sich auf ihrer Jahrestagung in St. Pölten mit dem Thema „*Die Ehe in der Kirchengeschichte*“

auseinandergesetzt. Dabei wurde das kirchliche Eheverständnis seit dem Altertum und im Konfessionalisierungsprozess behandelt. Insbesondere wurden auch die entsprechenden Entwicklungen in der Orthodoxie und im Protestantismus analysiert. In der Orthodoxie seien – „ohne den Grundsatz der Unauflöslichkeit der christlichen Ehe in Frage zu stellen“ – für die Wiederheirat nach dem Grundsatz der so genannten „*Oikonomia*“ Lösungen gefunden worden, die eine vollkommene Kirchenmitgliedschaft nicht ausschließen. Die österreichischen Kirchenhistoriker empfehlen daher den kirchlichen Verantwortungsträgern, die *Übernahme der aus einer langen Tradition fußenden orthodoxen Übung „ernsthaft zu prüfen, weil damit auf dem Boden der genuinen Tradition ein Ausweg aus der brennenden Ehefrage gefunden werden“* könne.

An der *Münchener Ludwig-Maximilians-Universität* ist zu Beginn des Wintersemesters ein „*Zentrum für Ökumenische Forschung*“ neu gegründet worden, in dem drei christliche Konfessionen zusammenarbeiten. Das Zentrum für Ökumene, das von den Professoren Peter Neuner (katholisch), Gunther Wenz (evangelisch) und Theodor Nikolaou (orthodox) geleitet wird, sieht seine Aufgabe aber auch darin, den ökumenischen Dialog unmittelbar voranzutreiben und in die „innerkirchliche Öffentlichkeit hineinzuwirken“. (S. Bericht in diesem Heft S. 81ff.)

Die *Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland* (17.–18. Oktober) in Bonn befasste sich im Rahmen eines Studententages, an dem auch die

Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der regionalen Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen in Deutschland teilnahmen, mit dem gewichtigen *ökumenischen Thema der gegenseitigen Anerkennung des Kirche-seins der Kirchen*. Dazu lud sie den bekannten Ökumeniker Harding Meyer, ehemaliger Mitarbeiter im Ökumenischen Institut des Lutherischen Weltbundes in Straßburg, ein, der ein viel beachtetes Grundsatzreferat zum Thema hielt. Meyer sagte u. a.: „Das Kirche-sein der Kirchen ist letztlich das zentrale Problem des ökumenischen Dialogs. Aber ein ökumenischer Dialog zwischen Kirchen ist unmöglich, wo eine der Partnerkirchen sich *exklusiv* als die sichtbare Erscheinungsform der Kirche Jesu Christi versteht und der anderen das Kirche-sein dezidiert abspricht.“

Der römische Kardinal Walter Kasper, Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, hat das von der evangelischen Kirche vorgeschlagene *Modell der Kirchengemeinschaft zur Förderung der Ökumene* zurückgewiesen. Bei diesem Konzept blieben sowohl die römisch-katholische als auch die orthodoxen Kirchen außen vor. Das Positionspapier der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) fordere zur Diskussion heraus. Zugleich zeige es deutlich die noch vorhandenen theologischen Probleme und Widersprüche zwischen den Konfessionen etwa im Blick auf das Verständnis des Papstamtes und des Abendmahls. Die EKD hatte ihre Erklärung zum Reformationstag (31. Oktober 2001) veröffentlicht. Danach schließt eine Kirchengemeinschaft als praktische Konsequenz die Ämter- und Abendmahlsgemeinschaft ein. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Kirchen gegenseitig

als Kirchen anerkennen. (S. Dokument in diesem Heft und Kommentar und Aufruf zur Diskussion, S. 84ff.)

Am 9. November wurde in Dresden *eine neue Synagoge* geweiht. Es ist der erste Synagogen-Neubau seit 50 Jahren in Ostdeutschland, genau 63 Jahre nach der Zerstörung der alten Semper-Synagoge.

Der Erfurter katholische Bischof Joachim Wanke hat sich vor dem *Hintergrund des Afghanistan-Krieges gegen Militäraktionen zur Bekämpfung des Terrorismus* ausgesprochen. Bomben auf eines der ärmsten und am meisten geschundenen Länder der Welt könnten „keine hinreichende Antwort“ auf dieses Problem sein, sagte Wanke am 22. November 2001 auf einem Empfang des Bistums in der thüringischen Landeshauptstadt. Notwendig sei eine langfristige gemeinsame Politik der Weltmächte, die auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit setzt. In Afghanistan sei angesichts des bevorstehenden Winters eine schnelle humanitäre Hilfe die wichtigste Aufgabe.

In seiner Rede sprach sich Wanke außerdem *gegen den Import von embryonalen Stammzellen* aus. Mit der „Woche für das Leben“ im kommenden Frühjahr solle erneut eine breite Öffentlichkeit auf das „*Leben als Gabe Gottes*“ aufmerksam gemacht werden. Die bundesweite Eröffnung der ökumenischen Veranstaltungen sei für 13. April 2002 in Erfurt vorgesehen.

Auf der *Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland* lautete das Schwerpunktthema „*Globale Wirtschaft verantwortlich gestalten*“. Die EKD-Synode warnte davor, den Prozess des wirtschaftlichen Zusammenwachsens als „unabänderliches Schicksal“ hinzunehmen. Die bestehenden internationalen Institutionen sollten

gestärkt und die Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern sowie Nichtregierungsorganisationen intensiviert werden.

Die Mitarbeiter der Hilfsorganisation „Shelter Now“, die Anfang August von den Taliban (Afghanistan) unter dem Vorwurf christlicher Missionierung festgenommen worden waren, sind im November wieder freigelassen worden. „Shelter Now“ will seine *Hilfstätigkeit in Afghanistan* nach gründlicher Vorbereitung wieder aufnehmen.

Vom 19. bis 20. November führte die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland im Rahmen ihres Arbeitsvorhabens zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt eine *Fachtagung mit dem Thema „Brennpunkt Integration“* durch. Der Blick war dabei auf die vorgeschlagenen Maßnahmen im Entwurf des Zuwanderungsgesetzes vom 6. November zur Integration von Migrant/innen gelenkt, die allgemein als unzureichend bezeichnet wurden.

Am 20. November feierte die *Vereinigung Evangelischer Freikirchen* (VEF) in Berlin ihr 75-jähriges Bestehen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Manfred Kock, warnte in einem Grußwort vor einem Konkurrenzdenken zwischen Volkskirche und Freikirchen und betonte: „Wir profitieren von den missionarischen Erfahrungen der Freikirchen.“ Der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke verlas ein Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, in dem er betonte, dass die Katholiken sich heute nach früheren Phasen der Missverständnisse mit den Freikirchen verbunden fühlten, besonders im Hinblick auf „das Erfordernis einer persönlichen Verwurzelung im Glauben und des

persönlichen Glaubensbekenntnisses in Wort und Tat“. Das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche in Deutschland, Metropolit Augoustinos, sagte, die Freikirchen wirkten auf die ökumenische Gemeinschaft belebend. Zur VEF gehören derzeit acht Mitgliedskirchen und vier Gastmitglieder. Als neues Mitglied wurde der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden aufgenommen. Zum Jubiläum der VEF ist eine neue Informationsbroschüre erschienen.

Die Terroranschläge auf die USA haben nach Ansicht des Tübinger Theologen Hans Küng in erster Linie politische Ziele. Es handele sich dabei nicht um einen „Kampf der Kulturen“, schrieb Küng in einem Beitrag für die November-Ausgabe von *Reader's Digest Deutschland*. Allerdings seien die Anschläge „zweifelloos auch religiös motiviert“. Küng bekräftigte seine These, nach der „kein Frieden unter den Nationen ohne Frieden unter den Religionen“ möglich sei.

Zu einem breiten Dialog zwischen Christen und Muslimen hat der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, aufgerufen. „Es ist nicht damit getan, dass wir mit ein paar islamischen Intellektuellen reden“, sagte Lehmann der Tageszeitung „Die Welt“ in der Ausgabe vom 25. Oktober 2001 und forderte zugleich eine „Religionsfreiheit auf Gegenseitigkeit“: *Religionsfreiheit müsse auch für Christen in islamischen Ländern gelten*, sagte Lehmann; während es in Deutschland weitgehend kein Problem mehr sei, eine Moschee zu errichten, riskiere ein Christ, der in Saudi-Arabien einen Gottesdienst halten wolle, Gefängnis. Auch in der Türkei würden Christen bedrängt.

Zu Beginn des *islamischen Fastenmonats Ramadan* hat der Ökumenische

Rat der Kirchen Christen und Muslime zu „echter Zusammenarbeit“ aufgerufen. In einer Grußbotschaft, die an die Oberhäupter der muslimischen Religionsgemeinschaften in aller Welt verschickt wurde, erinnert der Generalsekretär des ÖRK, Konrad Raiser, an die „spirituelle Verbundenheit, die Christen und Muslime vereinen“. Diese Verbundenheit müsse nach den Anschlägen vom 11. September wiederentdeckt werden. Raiser forderte eine *Verstärkung des Dialogs zwischen Religionen und Kulturen* und bat die ÖRK-Mitgliedskirchen um *verstärkte Kontakte und Begegnungen mit muslimischen Partnern*.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Streit um das brandenburgische Schulfach „Lebengestaltung – Ethik – Religionskunde“ (LER) einen Kompromiss vorgeschlagen. Die Karlsruher Richter sprachen sich am 11. Dezember für eine *Aufwertung des Religionsunterrichts* aus. Er solle in den normalen Stundenplan integriert und neben dem Pflichtfach LER angeboten werden. Voraussetzung dafür sollten jeweils Lerngruppen von mindestens zwölf Teilnehmer/innen sein.

Die *Gebetswoche für die Einheit der Christen*, die unter dem Thema steht „Bei Dir ist die Quelle des Lebens“ (Ps 36,6–10) findet vom 18. bis 25. Januar 2002 und in der Woche vor Pfingsten statt. Gottesdienstheft und Arbeitshilfe sind bereits im September

2001 erschienen. Der Eröffnungsgottesdienst findet am 18. Januar 2002 in der Nikolaikirche in Leipzig statt und wird gestaltet von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Sachsen und der Städtökumene Leipzig

Papst Johannes Paul II. hat für den 24. Januar 2002 ein *interreligiöses Friedenstreffen* einberufen. Vertreter der Weltreligionen sollen mit ihm in Assisi für eine Überwindung der Gegensätze und für Frieden beten. In diesen Zeiten der beständigen Bedrohung durch den Terrorismus müssten die Gläubigen sich durch Gebet und Fasten für eine Lösung der internationalen Konflikte einsetzen.

Das *Netzwerk für konfessionsverbindende Ehepaare und Familien* tagt vom 8. bis 10. Februar 2002 auf Burg Rothenfels am Main. Referent ist Prof.Dr. Otto Hermann Pesch mit dem Thema: „Die Feier des Herrenmahls – theologische und praktische Fragen in ökumenischer Sicht“.

Eine Konsultationstagung *auf dem Weg zum Tag der Schöpfung* wird am 7./8. Juni 2002 in Bonn stattfinden. Unter dem Arbeitstitel „Schöpfungstheologie und Schöpfungsfrömmigkeit“ wird sie von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) und der ACK Baden-Württemberg verantwortet.